Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 152. Abendblatt. Sonnabend, den 30. März. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin**, 29. März. Beim Grafen Bismarck hat vorgestern eine große Soirée stattgefunden, so glänzend wie sie wohl selten auch in einem Minister-Hotel sich gestalten dürfte. Ihre Majestäten der König und die Königin, die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Baden, sowie alle Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses haben dieselbe mit ihrer Gegenwart beehrt, und Alles was Berlin an hoher Aristokratie und Notabilitäten der höchsten Lebensstellungen in seinen Mauern birgt, soll in den Salons des gefeierten Staatsmannes vereinigt gewesen sein. Man schätzt die Zahl der Gäste auf mehr als Tausend. — Dem Präsidenten v. Scheel-Plessen soll in nächster Zeit auch ein Vice-Präsident beigegeben werden, welchem die spezielle Führung der Regierungsgeschäfte für Holstein namentlich obliegen würde, wie dies auch in den alten Provinzen Brauch ist. In Bezug auf die Organisation der Herzogthümer ist ebenso wie in Hannover vorläufig noch nicht von definitiven Entscheidungen die Rede, die erst später erfolgen wird. Alle Nachrichten, namentlich über die speziellere Einrichtung der Verwaltung sind also mit Vorsicht aufzunehmen oder nur als mehr oder weniger begründete Pläne zu betrachten. Auch für die Provinz Hessen bezüglich der Leitung der Regierungsgeschäfte in Kassel wird die Ernennung eines Vice-Präsidenten erwartet. — Vom Handelsminister haben die Eisenbahn-Direktionen Anweisung erhalten, über die Ausführbarkeit und Zweckmäßigkeit der Einführung einer Frachtermäßigung für den Transport künstlicher Düngungsmittel gutachtlich Bericht zu erstatten. Auf Anregung der landwirthschaftlichen Kreise soll die Einführung eines Tarifs von 1 Pf. pro Centner und Meile in Erwägung gezogen werden. Auch im Allgemeinen ist gleichzeitig die Einführung gleichmäßigerer Frachtsätze wieder ins Auge gefaßt worden.

Der evangelische Kirchentag wird in der ersten Hälfte des September in Kiel tagen. Die großen politischen Veränderungen werden auch dieser Versammlung eine erhöhete Bedeutung geben. Die Vereinigung der neuen Landestheile, wo die lutherische Kirche vorherrschend, mit einem Staate dessen Landeskirche die unirte ist, dürfte auch für die Berathungen des Kirchentages reichen Stoff bieten. Zur Vorberathung der Versammlung ist bereits ein schleswig-holsteinsches Comité aus den angesehensten Männern daselbst gebildet werden. Man nennt darunter den schleswigschen General-Superintendenten Dr. Godt, den holsteinschen Bischof Koopmann, Probst Valentiner, Professor Weiß, Appellations-Gerichts-Rath Mommsen, Amtmann Hintze. — Wie früher gemeldet, hatte sich der Geh. Reg.-Rath Ribbeck als K. preußischer Kommissar zur Regelung der den Gebietsaustausch mit dem Großherzogthum Hessen betreffenden Geschäfte nach Frankfurt begeben. Die Auseinandersetzung ist nun bis zur Ratifikation erledigt, und wird Geh. Reg.-Rath Ribbeck, welcher augenblicklich hier anwesend ist, sich demnächst nach Frankfurt zurückbegeben, um den Austauschs-Rezeß auch mit Baiern zur Erledigung zu bringen. In einflußreichen Kreisen Stuttgart's ist die Gründung eines Preßorgans bewirkt worden, welches namentlich die Vertretung der Interessen zur Vermittelung zwischen Nord- und Süddeutschland zur Aufgabe hat. Unter dem Namen „Würtemberg'sche Landeszeitung" wird das neue Organ schon vom 1. April ab erscheinen, und die angeknüpften guten Verbindungen, wie die sonstigen Verhältnisse lassen erwarten, daß es eine beachtenswerthe angesehene Stellung in der Tagespresse einnehmen wird.

Berlin, 30. März. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittags den kommandirenden General des 1. Armeekorps Vogel v. Falckenstein, den Kommandeur des 2. Garde-Dragoner-Regiments, Flügeladjutanten Oberstlieutenant Grafen Fink von Finkenstein und mehrere ehemalige hannöversche Offiziere, und nahm alsdann die Vorträge des Polizeipräsidenten v. Bernuth, des Generalintendanten v. Hülsen, des Chefs des Militärkabinets v. Treskow und des Hausministers v. Schleinitz entgegen. Nachmittags machte Se. M. der König eine Ausfahrt mit der Frau Großherzogin Louise von Baden und arbeitete dann mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck.

— Gegenüber den Zeitungsnachrichten über einen preußisch-französischen Depeschenwechsel in der Luxemburger Angelegenheit wird in diplomatischen Kreisen wiederholt versichert, Preußen habe bis jetzt von Seiten Frankreichs weder direkte noch indirekte Eröffnungen über die schwebenden Verhandlungen erhalten.

— Dem Vernehmen nach sind auf Veranlassung des Abg. Michaelis Mitglieder aus verschiedenen Fraktionen zusammengetreten, um die Berathung der Abschnitte VII und VIII. der Verfassungs-Urkunde (Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen) durch gegenseitige Verständigung vorzubereiten und zu erleichtern.

Berlin, 29. März. (Norddeutscher Reichstag.) 22. Sitzung. (Schluß.) Es folgt Art. 23. Nach dem Vorschlage des Präsidenten wird mit der Berathung desselben zugleich verbunden die Berathung der Zusätze von den Abgg. Dr. Braun, Lasker und Dr. Baumstark. Der Antrag von dem Abg. Ausfeld ist zurückgezogen. Zunächst erhält das Wort der Abg. Dr. Baumstark: Ich wünsche, daß bei dieser Gelegenheit dem Volke das Petitionsrecht gesichert wird; denn es werden sich viele Uebelstände finden, worüber das Volk Klage führen wird. Gegen den Antrag des Abg. Lasker muß ich mich erklären, weil er zu viele Gegenstände zusammenfaßt. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen. Abg. Braun (Wiesbaden): Ich beantrage zu unserem eigenen Antrag die Aenderung „Die Vertreter der einzelnen Verwaltungszweige" wegzulassen. Die intensive Befugniß des Reichstages wird erhöht, wenn wir diesen Antrag annehmen. Die Regierung hat dann der Nation Rechenschaft abzulegen über ihr Thun und Lassen. Wir dürfen nicht die zukünftige Entwicklung in Frage stellen. Der Reichstag darf nicht Registrator der Regierungen sein. Wenn Gefahr im Verzuge ist, so wird der ganze Reichstag einig sein, und seine Partei unter das Wohl des Vaterlandes unterordnen (Bravo). — Präsident der Bundeskommissarien Graf v. Bismarck: Die Regierungen haben das größte Interesse, ihre Angelegenheiten zu vertreten. Aber es können Fälle vorkommen, wo die Regierungen Schweigen beobachten wollten. Da kann die Anwesenheit des Bundeskanzlers doch nur Verlegenheiten bereiten. Jedenfalls kann der Bundeskanzler nicht immer gezwungen werden zur Anwesenheit. — Abg. Braun fügt seinem Antrag hinzu: „der eines Stellvertreters desselben". — Abg. Scherer (für das Amendement Baumstark): Das Petitions-Recht wird die Regierung nöthigen, ihre Verheißungen zu erfüllen. — Wir müssen bedenken, daß auch bei den Adressen der Reichstag nur eine beschränkte Kompetenz hat. Darum bin ich hierin gegen das Amendement. Das Letzte aber, Kommissionen zur Untersuchung von Thatsachen einzusetzen, ist ganz unpraktisch; entweder sind die Regierungen zur Unterstützung geneigt, und dann ist die Kommission überflüssig, oder die Regierungen stehen entgegen, und dann werden die Kommissionen kein vollständiges Material liefern. — Abg Rewitzer spricht sich für das Recht der Adresse, Interpellation, Beschwerde, selbstständiger Untersuchung aus. — Abg. Aßmann stellt das Amendement, in dem Baumstark'schen Amendement hinter „hat das Recht" die Worte „Adressen an das Bundespräsidium zu richten, Interpellationen zu stellen, und" einzufügen. — Abg. v. Vincke (Hagen): Ich glaube, daß die angeführten Bilder des Abgeordneten für Wiesbaden gerade gegen denselben sprechen. Haben wir je den Reichstag zum bloßen Registrator der Regierung gemacht? sprechen nicht schon die heutigen Beschlüsse dagegen? Ich meine, er hätte keinen Tadel gegen den Reichstag aussprechen, sondern denselben an seine Person richten sollen. (Heiterkeit.) Das Amendement in Bezug auf die Adresse an die Regierung betreffend, erkläre ich einfach, daß wir es hier nicht mit einer, sondern mit verbündeten Regierungen zu thun haben. Der Herr Abgeordnete für Wiesbaden ermahnte uns, wir sollten bedenken, daß wir zu unsern Beschlüssen die Zustimmung der Landtage bedürften. Allen Respekt vor ihnen! Aber wir, durch das allgemeine Wahlrecht gewählt, sollen gebotsame Reverenz machen vor den Vertretern aus den Dreiklassensystem? Solche Argumente sind nicht viel besser als Brombeeren. (Große Unruhe.) — Der Antrag auf Schluß wird angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Braun (Wiesbaden) und Frhr. v. Vincke (Hagen) beantragt der Abg. Graf Schwerin, den zweiten Theil des Lasker'schen Antrages von dem Worte „Thatsachen" an allein zur Abstimmung zu bringen. Der Antragsteller ist damit einverstanden. Bei der Abstimmung über den ersten Theil des Antrages bleibt das Bureau bei der Probe und Gegenprobe zweifelhaft. Es wird die Zahlung vorgenommen. Das Resultat derselben ist folgendes: für den Antrag Lasker stimmen 126 dagegen 134. Abg. Bethusy-Huc bringt zur Sprache, daß drei Abgeordnete nicht gewünscht haben mitgezählt zu werden. Der Präsident ist der Ansicht, daß Jeder, der im Saale bleibt auch mitgezählt werden muß. Hierauf folgt die Abstimmung über den 2. Punkt des Antrages des Abg. Lasker, der mit großer Majorität abgelehnt wird.

Für den Antrag des Abg. Dr. Braun wird namentliche Abstimmung beantragt, da bei der Zählung 124 für und 135 gegen den Antrag stimmend gezählt sind. Das Resultat ist folgendes: Im Ganzen haben gestimmt 256, davon mit Ja 120, mit Nein 136. Der Antrag ist also abgelehnt. Ebenso wird der Antrag des Abg. Aßmann abgelehnt. Dagegen wird der Antrag des Abg. Dr. Baumstark angenommen, der dadurch an die Stelle des Artikels 23 tritt. Es folgt Art. 24. Ein zu demselben von dem Abg. Ausfeld gestelltes Amendement ist zurückgenommen; außerdem liegen 2 Amendements der Abgg. Baumstark und Graf Bassewitz vor auf Festsetzung der Dauer der Legislaturperiode auf 5 resp. 6 Jahre. Auf der Rednerliste stehen für den Artikel zwei, gegen denselben vier Redner. Zunächst erhält das Wort der Abg. Miquel: Gerade die Herren, die uns fortwährend gepredigt haben, nur nothwendige Aenderungen an dem Entwurfe vorzunehmen, sind es, die zu diesem Artikel Amendements stellen. Wir unsererseits werden uns hüten, den Entwurf in dieser Weise zu verschlechtern und durch Verlängerung der Legislaturperiode die Macht der Exekutive zu vergrößern. Die Amendements scheinen mir hervorgegangen zu sein aus einem Mißtrauen gegen das allgemeine Wahlrecht und aus einem vollständig unberechtigten Hintergedanken. Der Antrag scheint eine Verschlechterung des Entwurfs zu bezwecken. Wir können uns damit begnügen, was uns die Regierung vorschlägt. Die Auflösung wird die Regierung nicht gern anwenden, und diese würde doch nur um so öfter eintreten bei langen Legislaturperioden. — Abg. Fürst zu Solms-Lich: Die 6jährige Legislaturperiode führt der Volksvertretung die wünschenswerthen Elemente zu. Zu Art. 58 beantragen wir, die Kopfsteuer für jeden Mann des stehenden Heeres alle 6 Jahre zu revidiren. Der Zusammenhang beider Anträge ist deutlich. — Abg. Fries: Ich stimme vollständig mit dem Abg. Miquel überein. Außerdem schließe ich mich den Anträgen v. Unruh (Magdeburg) an. Abg. v. Vincke (Hagen): Wenn jene Herren von der Linken keine Amendements mehr stellen, so werden wir auch darauf verzichten. (Heiterkeit). Es ist nicht ein Zeichen von Konnivenz, daß man uns vorwirft, einen Verschlechterungs-Antrag stellen zu wollen. Ich denke, wir treten mit unserem Amendement in Ihre Fußstapfen, und wenn wir das thun, so nehmen Sie uns das gleich übel. (Heiterkeit.) Unser Antrag liegt nicht in einem zu großen Mißtrauen gegen das allgemeine Wahlrecht; sondern die Abgeordneten selbst sollen wie in England durch die längere Legislaturperiode von ihren Kommittenten unabhängiger gestellt werden. Der Reichstag muß eine Schwankung sein, um Europa zu imponiren. (Lärm.) Deshalb bitte ich Sie, die Amendements anzunehmen. (Schallendes Gelächter.) — Abg. Dr. Gneist: Die Herren Antragsteller rechnen ohne Zweifel sicher, wenn sie annehmen, daß der konservative Besitz im Augenblicke über einige Millionen Stimmen mehr verfügt als der liberale Besitz. Aber über mehr Stimmen als jeder von beiden verfügt in dieser Maschinerie die Regierungs- und Polizeigewalt des Staates. Dieser dritte Faktor macht jede Rechnung unsicher. Sind die Herren Antragsteller, indem Sie nun dem zunächst zu bildenden Zustande eine so lange Dauer geben wollen, unter allen Umständen sicher, daß sie die Rechnung nicht ohne den Wirth gemacht haben, und zwar nicht ohne den eigentlichen Wirth im Hause? Wir werden sehr bald empfinden, daß eine Form und Maschine, die vorläufig nur auf das Papier gezeichnet ist, sich nun auch wirklich anfangen wird zu bewegen. Und nun setzen Sie den Fall, daß eine chambre introuvable zu Stande kommt, daß diese alle möglichen Beschlüsse faßt, daß sie alle in den einzelnen Kammern ihr entgegenstehenden Rechte und Gesetze aufhebt, daß sie namentlich aufhebt, was Ihnen, m. H., das Werthvollste ist, die politischen Rechte des Besitzes, ist es da nicht wahrhaftig genug, wenn eine solche Einrichtung nur drei Jahre zu arbeiten hat? Ich will nicht so weit gehen, diejenigen Amendements, die diese Zeit erweitern wollen, Verschlechterungsanträge zu nennen; ich will sie sogar als Verschönerungsanträge bezeichnen, aber ich bin überzeugt, sie gehören zu den Verschönerungsmitteln, die sehr leicht der Gesundheit gefährlich werden. — Abg. Graf Schwerin: Ich weiche in dieser Frage ab von den politischen Freunden, mit denen ich bisher zusammen gestimmt habe. Ich betrachte dies Amendement als eine Verbesserung. Von dem Mißtrauen gegen das allgemeine Wahlrecht kann ich mich allerdings nicht freisprechen, ich bin kein Freund desselben. Die Korrektive aber, die der Entwurf gegen die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts enthält, sind der Art, daß sie dieselben, statt sie zu vermindern, noch vermehren; ich habe mich deshalb gefreut, daß die Ausschließung der Beamten nicht beschlossen worden ist; ich werde aus demselben Grunde auch gegen Artikel 28 des Entwurfs stimmen. Aus demselben Grunde aber bin ich auch für eine lange Wahlperiode. Die Gefahr, die ich dadurch vermeiden will, liegt hauptsächlich in den großen Schwankungen von der einen extremen Seite zur andern extremen Seite, die sie entweder äußerst reaktionär oder äußerst demokratisch ausfallen lassen. Dadurch wird die Stabilität der Staatsgeschäfte wesentlich alterirt. Dagegen ist es ein auch in der Natur der Sache begründeter Erfahrungssatz, daß selbst die extremsten Parteien im Laufe der Zeit gemäßigter werden.

Abg. Lasker: Der Abgeordnete für Hagen führt oft zur Erläuterung seiner Deduktionen Beispiele an, die dem Aeußern nach etwas zu beweisen scheinen, die aber die Materie nicht erschöpfen und, wenn man näher zuschaut, unrichtig sind. Seine Auffassung von englischen Verhältnissen ist so unrichtig, daß Jeder, der mit den denselben, was die Wahlen anbelangt, vertraut ist, gar keiner Widerlegung bedürfen wird. Es ist ein ganz anderer Grund gewesen, der die Verlängerung der Legislaturperiode in England herbeiführte. Ein antijacobitisches Parlament führte diese Maßregel ein, damit nicht sobald ein anderes Parlament im jacobitischen Interesse gewählt werden sollte. Seit einem Menschenalter ist kein englisches Parlament 7 Jahre alt geworden, und, als unter Palmerston ein Parlament sein fünftes Jahr erreichte, fing man über Stagnation zu klagen an. Offenbar hat die Regierung vorausgesetzt, daß man eine reaktionare Tendenz darin sehen würde, wenn sie in dem Entwurfe unsere dreijährige preußische Wahlperiode verlängerte; und jetzt sehen wir sogar aus Kreisen, die einigen Zusammenhang mit der liberalen Partei haben, dergleichen Anträge stellen! Wie kann sich da Herr v Vincke wundern, wenn man das Verschlechterungs-Anträge nennt? — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Graf zu Eulenburg: Die Argumente des Herrn Vorredners haben mich von jedem Bedenken gegen die Anträge, gegen welche sie gerichtet waren, befreit. Er hat selbst auf die Thatsachen hingewiesen, daß die englischen Parlamente die dreijährige Lebensdauer des preußischen Landtages durchschnittlich um so viele Jahre übertreffen, als etwa in den Amendements vorgeschlagen sind. Die längere Dauer bietet den Vortheil dar, daß sie der Regierung die Auswahl des Momentes für Neuwahlen überläßt, ohne die Unabhängigkeit der Abgeordneten zu schädigen. Es leitet mich nicht die Verlockung eines momentanen Erfolges oder ein Mißtrauen gegen das allgemeine Wahlrecht, obwohl bei dem Mangel eines Oberhauses eine auf die Stetigkeit unseres Werkes hinwirkende Bestimmung willkommen sein muß. Der Abg. Gneist nennt die Anträge auf fünf- bis sechsjährige Dauer Verschönerungsmittel für die Verfassung, ein weniger zutreffendes Gleichniß habe ich kaum im Leben gehört. Wir denken hier nicht an ihre Schönheit, sondern an ihre Dauerhaftigkeit und jene Anträge sollen, wenn schon einmal in Gleichnissen gesprochen wird, ein Pflaster sein und zwar ein heilsames. Bei der Wahl zwischen 5- und 6jähriger Dauer verdient die letztere den Vorzug, weil bei ihr die Wahlen mit denen zum preußischen Landtage niemals, bei der 5jährigen aber alle 15 Jahre zusammentreffen. Ich frage: Wenn in England die gesammte konservative Partei, die liberale mit eingeschlossen, an die Abkürzung der Parlamentsdauer nicht denkt, welche denkt denn daran? Nur diejenige, von der ich nicht wünsche, daß sie jemals in diesem Hause herrsche. (Lebhafter Beifall rechts.) — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt.

Abg. Waldeck: Die gegen die dreijährige Dauer sprechen, wie die Abgg. v. Vincke und Graf Schwerin, wüthen nicht nur gegen ihr eigenes Fleisch, sondern gegen die Entwickelungsgeschichte unserer Verfassung überhaupt; und der preußische Landtag, wenn er auch die Berathung des Militär- und Marinewesens an dies Parlament abgeben soll, bleibt doch immer die Vertretung von 24 Millionen. Wollen Sie den Reichstag so impotent machen, wie der Entwurf es thut, so wäre allerdings der Streit über die Legislaturperiode ein nichtiger. Wollen Sie ihn aber mit dem Abg. v. Vincke zu einem Schrecken Europas machen — wahrscheinlich beabsichtigt er ihn in Zukunft etwas stärker zu machen, als er jetzt ist — (Heiterkeit), so müssen Sie sich die Frage doch zweimal vorlegen. Tappen wir doch nicht blindlings in diese wichtige Frage hinein! Im Jahre 1848 schlug das Ministerium Camphausen, dem der Graf Schwerin angehörte, für die preußische Vertretung vierjährige Dauer vor, und zwar sollte die Hälfte der Mitglieder alle zwei Jahre ausscheiden. Die Nationalversammlung lehnte diesen Vorschlag auf ein- und zweijährige Legislaturperioden ab und entschied sich für die dreijährige, als für einen Mittelweg. Die Regierung acceptirte sie. Hätte man in England die freie Hand an die Errichtung eines Neubaues zu legen, so dächte außer den Tories Niemand an die siebenjährige Dauer. Hat es denn bei uns an Reaktion gefehlt? Ich bitte Sie um Gotteswillen, in den traurigen Jahren jenes Ministeriums Manteuffel, das der Abg. v. Vincke eine Zeit lang das „glücklich beseitigte" nannte, ging es doch wahrhaftig mit Keulenschlägen gegen unsere Verfassung los. Bleiben wir doch um Gotteswillen in der Konsequenz unserer Entwickelung und machen hier nicht solche ganz unberechtigte, in der Luft schwebende Baupläne, denen eine Oberaufsichtsbehörde für politische Bau-Konzessionen nie und nimmer ihre Zustimmung ertheilen könnte. Dach und Fach, unter das man kommen will, muß doch haltbar sein, so daß es nicht einmal über Nacht zusammenstürzt. An der dreijährigen Periode hat nicht einmal die Landrathskammer gerüttelt. Der Abg. v. Vincke war im Jahre 1847 einer der 135, die einen periodischen und kräftigen Landtag wollten, was ihm und seinem damaligen Streben zur ewigen Ehre gereichen wird. Jetzt aber wollte er bisher wenigstens einen ziemlich impotenten Reichstag und nun kommt er gar mit einer Periode von fünf bis sechs Jahren! Wenn aus dieser Versammlung mehr wird als ein Zoll-Parlament, so kann Preußen sie neben seinem Landtage nicht vertragen. Wenn die Körperschaft, die als Reichstag gewählt wird, zugleich das preußische Abgeordnetenhaus repräsentiren könnte, so brauchten wir nur unsere Verfassung zu ändern und wären der Sorgen wegen der vielen und doppelten Wahlen enthoben. Wenn nicht, so könnte gleichzeitig für beide Körperschaften gewählt und derselbe Mann mit zwei Mandaten betraut werden. Der Entwurf der Regierung schlägt selbst dreijährige Dauer vor, so bleiben Sie doch dabei und seien Sie nicht vorsorglicher, als die Regierung selbst. (Beifall!) Soll der Reichstag Bedeutung haben, so muß er in Verbindung mit seiner Mutter, dem Volke bleiben; kein anderes künstliches Mittel ersetzt diese Verbindung, wenn sie einmal in der öffentlichen Meinung vernichtet ist. Wenn man über den Reichstag zur Tagesordnung übergeht, so ist es gleichgültig, ob er noch zwei Jahre ein sieches Leben führt, während ihm jeder schon das Sterbeattest ausstellt. — Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Graf zu Eulenburg erinnert daran, daß nur die Chartisten in England auf kürzere Legislaturperioden dringen. — Abg. v. Vincke: Die siebenjährige Legislaturperiode ist nicht das Werk der Tories, nicht Walpole's, sondern umgekehrt der Whig's. Abg. Graf Schwerin: Das englische Parlament hat die erwähnten großen Reformen trotz der siebenjährigen Dauer durchgesetzt, während uns in Preußen die dreijährige nicht vor der Reaktion schützte. — Abg. Miquel: Der Abg. v. Vincke hat uns einen Handel mit Amendements vorgeschlagen, aber wir handeln nicht mit Amendements und sind auch zu gute Kaufleute, um ein schlechtes Geschäft zu machen.

Abg. Waldeck: Nicht blos die Chartisten, sondern viele gemäßigte Reformer in England verlangen kürzere Parlamente. — Abg. Lasker: Ich habe den Zeitpunkt der Einführung der 7jährigen Legislaturperiode und ihre Tendenz richtig bezeichnet und mich höchstens im Namen des Ministers geirrt. Diesen unrichtigen Punkt greift der Abg. v. Vincke heraus, um deshalb meine ganze Deduktion für unrichtig erklären zu können. Ich werde zu Hause nachschlagen (große Heiterkeit); der Abg v. Vincke hat auch den Namen des Ministers nicht genannt, aus welchen Gründen, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Wir wollen nachschlagen und der Wahrheit die Ehre geben. — Abg. v. Vincke: Ich könnte dem Herrn Abgeordneten den Namen nennen, wenn das in eine persönliche Bemerkung hinein gehörte. Ich werde ihn ihm nachher privatim nennen. (Heiterkeit.) Dem Abg. Miquel glaube ich keinen größeren Beweis meiner schon oft bewiesenen Hochachtung geben zu können, als wenn ich auf seine letzte Aeußerung nicht antworte. — Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, und zwar zunächst über das Amendement Bassewitz; dasselbe wird abgelehnt; dafür nur die Konservativen und einige Altliberalen; über das Amendement Baumstark ist namentliche Abstimmung beantragt; dasselbe wird mit 127 gegen 138 Stimmen abgelehnt; für dasselbe stimmen die beiden konservativen Fraktionen, außerdem eine Anzahl Abgeordneter, darunter Graf Bismarck; gegen dasselbe stimmen die Linke, die National-Liberalen mit

Ausnahme des Abg. Grafen Schwerin, die freie parlamentarische Vereinigung, außerdem verschiedene Abgeordnete. — Darauf wird die Regierungs-Vorlage fast einstimmig angenommen; nur Abg. v. Vincke (Hagen) mit einigen Konservativen stimmt dagegen. — Das Amendement Unruh wird darauf mit großer Majorität angenommen; schließlich wird der ganze Artikel mit dem Amendement Unruh fast einstimmig angenommen, nur Abg. v. Vincke (Hagen) mit einigen Konservativen ist wieder dagegen.

Der Ruf nach Vertagung wird laut; der Präsident giebt demselben Folge und beraumt die nächste Sitzung auf Sonnabend 10 Uhr an und setzt auf die Tagesordnung: 1) Präsidentenwahl; 2) Fortsetzung der Vorberathung; 3) Wahlprüfuugen.

Abg. v. Blanckenburg (zur Geschäftsordnung): Nach §. 9 unserer Geschäftsordnung müssen wir wieder den Präsidenten und die Vicepräsidenten wählen und der Herr Präsident hat demgemäß die Tagesordnung für morgen festgesetzt. Ich bitte Sie nun im Auftrage meiner speziellen politischen Freunde, von dieser Tagesordnung abzusehen und in der ungewöhnlichen Lage, in der wir uns befinden, keine Zeit zu verlieren und diesmal vom §. 9 der Geschäftsordnung keinen Gebrauch zu machen. (Widerspruch rechts.) Ich weiß sehr wohl, daß wenn ein Mitglied widerspricht, dies nicht angeht. Ich bitte Sie aber, wenigstens meine Gründe zu hören. Ich will kein Lob für die Geschäftsführung unseres Präsidenten aussprechen, weil ich dies nicht für schicklich halte, sondern ich stelle den Antrag lediglich aus Interesse für die Sache. Ich kann Ihnen für diesen Antrag auch eine Autorität und einen Präzedenzfall anführen, den Sie gewiß anerkennen werden. Es war am 20. Oktober 1858, als auf den Antrag des Grafen Schwerin im preußischen Abgeordnetenhause ein Präsident, der nicht seiner politischen Partei angehörte, durch Akklamation wiedergewählt wurde. Damals wurde kein Widerspruch laut. Ich stelle den Antrag nun nicht deshalb, um unsererseits um die Wahl zu kommen, ich bin vielmehr beauftragt, zu erklären, daß die Majorität der konservativen Fraktion alle drei jetzige Präsidenten wiederwählen wird, wenn Sie auf der Wahl bestehen; es ist also nur Ihre Schuld, wenn wir damit einen Tag verlieren. Ich möchte gleichzeitig dringend wünschen, daß dieser Vorgang ein Präzedenzfall werden möchte, um von der unleidlichen Gewohnheit abzugehen, daß man die Präsidentenwahl zur Parteisache macht. — Präsident Simson: Ueber diesen Antrag können wir nicht heut, sondern erst morgen abstimmen, da er nicht auf der Tages-Ordnung steht. Ich bemerke außerdem noch, daß der Widerspruch eines einzigen Mitgliedes genügt, um ihn unmöglich zu machen. Ich bitte deshalb, die für morgen festgesetzte Tages-Ordnung beizubehalten.

Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. T.-O.: 1) Präsidentenwahl, 2) Vorberathung des Verfassungsentwurfs, 3) Wahlprüfungen.

Köln, 28. März. (N. Pr. Z.) Wenn ich Ihrem geehrten Blatte die folgende Mittheilung mache, so geschieht es nicht, um Sensations-Nachrichten zu verbreiten, sondern um der vaterländischen Sache zu dienen. Es ist eine, mir von sehr zuverlässigen Personen verbürgte Thatsache, daß seit einiger Zeit Offiziere der französischen Artillerie und des Ingenieur-Korps die preußischen Provinzen des westlichen Staattheiles bereisen, um strategischer Studien willen. Aus Homburg, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Mainz sind mir in dieser Beziehung Nachrichten zugegangen, denen ich vertrauen darf. Die Herren Offiziere, welche nur in Civil erscheinen, sind der deutschen Sprache mächtig und knüpfen in den neuen Landestheilen Verbindungen mit Personen an, welche theils aus Frankreich, theils für französische Interessen Theilnahme zeigen.

Kreuznach, 29. März. Nach eingegangener zuverlässiger Mittheilung steht unserem Bade in dieser Saison wahrscheinlich der Besuch des französischen Kaiserlichen Prinzen bevor. Es würde dies ein Beweis für das gute Einvernehmen zwischen Preußen und Frankreich sein.

Hamburg, 28. März. Hier wird gegenwärtig, wie das „Fr. J." erfährt, ein Antrag für die Bürgerschaft vorbereitet, welcher den Austritt aus dem Staatsverbande erschweren soll. (Also gegen den „Hamburger Alpenklub" der Heimathsfremden gerichtet.) — Mehrere der in die preußische Armee nicht übergetretenen ehemals hannoverschen Offiziere bereiten sich in hiesigen Handlungshäusern für den kaufmännischen Beruf vor.

Darmstadt, 27. März. Das Erkenntniß des Großherz. Oberkriegsgerichts gegen mehrere Offiziere und einen Militärarzt wegen deren Verhaltens im vorjährigen Feldzug lautet auf ein- bis viermonatliche Festungshaft. Dem „Frkf. J." wird dazu berichtet: „Dem Vernehmen nach ist solches von dem Kriegsherrn bestätigt; von Seiten des Offizierkorps wird jedoch beabsichtigt, die Sache hiermit noch nicht auf sich beruhen zu lassen."

Greiz, 28. März. Heute an seinem 21. Geburtstage hat unser jugendlicher Fürst Heinrich XXII. die Regierung des Landes angetreten. Obwohl Se. Durchlaucht jede Feier und Festlichkeit deprecirt und den Wunsch geäußert hat, daß die hierzu bestimmt gewesenen Mittel zu einem milden Zwecke verwendet werden möchten, so hat sich doch die freudig bewegte Bevölkerung nicht nehmen lassen, ihrer treuen Anhänglichkeit an das Fürstenhaus durch Erbauung von Ehrenpforten, Beflaggen und Bekränzen der Häuser, Freudenschüsse und Illumination Ausdruck zu geben, daneben aber, der Fürstlichen Intention entsprechend, eine Speisung der Armen veranstaltet, auch durch eine ergiebige Kollekte die Mittel zum Ankauf eines Hauses für die hier bestehende Kinder-Bewahranstalt zu Stande gebracht. Der allgemeine Wetteifer in der Kundgebung der Liebe und Anhänglichkeit gegen Se. Durchlaucht ist eine treffende Illustration zu dem von unserem Abgeordneten Salzmann im Reichstage erhobenen „Nothschrei": Die erste Regierungshandlung Sr. Durchlaucht war die Verleihung einer Verfassung, welche mit den hierzu berufen gewesenen bisherigen Ständen in geheimen Sitzungen vereinbart und heute durch die Gesetzsammlung publicirt worden ist.

Ausland.

Paris, 27. März. Der „Constitutionnel" enthält folgende Notiz: Es freut uns sehr, melden zu können, daß die Besserung im Zustande des Kaiserlichen Prinzen fortdauert und daß Se. Hoheit sich auf dem Wege völliger Genesung befindet. — Am 12. April werden, wie das „Mem. dipl." meldet, der König und die Königin von Portugal in der französischen Hauptstadt eintreffen, um daselbst bis Ende des Monats zu verweilen. Sie werden dann die ihnen durch Verwandtschaftsbande verknüpften Königlichen Familien von England und Belgien besuchen und über Deutschland nach Italien reisen und mehrere Wochen in Florenz am italienischen Hofe verleben. Dann werden sie in der zweiten Hälfte des Juni abermals nach Paris kommen und nochmals die Ausstellung besichtigen, ehe sie nach ihren Staaten zurückkehren. Da sie in strengem Inkognito reisen, so werden sie das diplomatische Korps nicht empfangen.

London, 27. März. Der Strike der Lokomotivführer in Brighton ist zu Ende. Die meisten haben nachgegeben und heute früh kamen die Züge aus Brighton hier schon pünktlich an.

Japan. Der Königlich preußische Vice-Konsul in Hakodade in Japan, Herr Gärtner, hat der Victoria-National-Invaliden-Stiftung 450 Thlr. als Ertrag einer dort von Deutschen abgehaltenen Sammlung übersandt. Es ist dieser Gabe zugleich eine Dank-Adresse in den feurigsten und anerkennendsten Ausdrücken für unsere brave Armee beigefügt — die achtunggebietende Stellung, die der preußische Konsul in Yokuhama den Deutschen in Japan den Japanischen Behörden und mehreren europäischen Mächten gegenüber nicht ohne Kampf und Anstrengung verschafft, ist durch die Siege unserer tapferen Krieger jetzt gesichert. Wenn es vor Ankunft des Grafen Eulenburg ein drückendes Gefühl war, die Deutschen überall fremden Schutz suchend zu sehen, so dürfen wir jetzt stolz unser Haupt heben und von Fremden, die den preußischen Schutz nachsuchen, sprechen. Möchten wir bald einige größere und kleinere Kriegsfahrzeuge hier sehen, um das Ihrige zur Säuberung der Meere von der Seeräuberei, die sich täglich mehrt, beizutragen.

Pommern.

Stettin, 30. März. Wenngleich die Allerhöchste Bestätigung der Wahl des Herrn Stadtrathes Sternberg zum Bürgermeister hiesiger Stadt bisher noch nicht eingegangen, hat derselbe doch bereits die Geschäfte für dies neue Amt übernommen, indem Herr Bürgermeister Schallehn bekanntlich mit dem morgenden Tage aus dem Amte scheidet.

— Dem Herrn Bürgermeister Schallehn wurde heute früh von den Sängern des unter Leitung des Herrn Musikdirektors Dr. Lorenz stehenden Jakobi-Kirchen-Chors ein Ständchen gebracht.

— Laut gestriger Anzeige des Herrn Lootsen-Kommandeurs an die Vorsteher der Kaufmannschaft ist die Schifffahrt durch die drei Odermündungen wieder eröffnet.

— Bis jetzt mußte in denjenigen Landestheilen Preußens, in welchen das Allgemeine Landrecht gilt, zur Erwerbung von Grundstücken für die Elementarschulen und Schulgemeinden die Genehmigung des Kultusministers nachgesucht werden. Da aber in den bestehenden Gesetzen nur die Genehmigung des Staates als hierzu erforderlich bezeichnet ist, so hat der Kultusminister mittelst Verfügung vom 15. d. M. bestimmt, daß hinfort in solchen Fällen von der Einholung seiner Genehmigung Abstand genommen werden soll, und die Bezirksregierungen ermächtigt, diese Genehmigung nach ihrem Ermessen zu ertheilen. Dagegen ist für die Veräußerung von Schulgrundstücken und für Erwerb sowohl wie Veräußerung kirchlicher Grundstücke auch fernerhin die Genehmigung des Kultusministers einzuholen.

— Heute wurde die in der Maschinenbau-Anstalt „Vulkan" erbauete 100. Lokomotive, mit Flaggen und Guirlanden reichlich geschmückt, auf dem Bahnhofe abgeliefert.

— Vorgestern fand man in den Kellerräumen eines im Neubau begriffenen neustädt'schen Gebäudes die äußerst ärmlich bekleidete Leiche eines 44 bis 46 Jahre alten Frauenzimmers. Dieselbe ist nach dem Krankenhause geschafft.

— Ein gestern hier zugewanderter Bäckergeselle gerieth auf der Herberge in die Hände zweier Strolche, welche denselben zur Theilnahme am sogen. „Kümmelblättchenspiel" verleiteten und ihm dabei um den Betrag von 3 Thlr. prellten. Es gelang, einen der Betrüger in der Person eines arbeits- und obdachlosen Müllergesellen aus Koeben zu ermitteln und zu verhaften. Sein Complice hatte sich dagegen rechtzeitig aus dem Staube gemacht.

Stargard, 29. März. Ein Oberlehrer des hiesigen Gymnasiums ist während der Dauer der gegen ihn eingeleiteten Disziplinar-Untersuchung von seinem Amte dispensirt und auf halbes Gehalt gesetzt worden.

— In der Nähe von Klempin wurde vor einigen Tagen in der dort vorüber fließenden Ihna eine unbekannte männliche Leiche gefunden, an welcher man Spuren eines gewaltsam herbeigeführten Todes wahrgenommen hat. Dieselbe ist 5 Fuß 7 Zoll groß, hat schwarzes Haar und schwarzen Bart, in der Seite eine Wunde, anscheinend von einem Messerstiche herrührend, und mehrere Beulen. In der geschlossenen Hand befanden sich blonde Menschenhaare. Das Hemde ist mit den Buchstaben „C. P." gezeichnet. Am Freitag Nachmittag fand die gerichtliche Obduktion der Leiche in Klempin statt.

** **Lassan**, 28. März. Unser Ort hat vor Kurzem eine neue, sehr dauerhaft und reell gearbeitete fahrbare Feuerspritze aus der Fabrik des Herrn W. Bachmann in Berlin erhalten, deren Kosten sich auf 488 Thaler belaufen. Das Werk befördert bei einer Bedienung durch zwölf Mann in einer Minute sieben Kubikfuß Wasser und treibt dasselbe 60 Fuß hoch. Es sind hier acht Feuerversicherungs-Gesellschaften vertreten und verdient es besondere Anerkennung, daß vier derselben zur Anschaffung der neuen Spritze eine freiwillige Beisteuer und zwar die Neu-Vorpommersche Feuerversicherungs-Gesellschaft 200, die Aachen-Münchener 100, die Leipziger und die Magdeburger Gesellschaft je 15 Thaler gegeben haben.

Stadt-Theater.

Gestern Abend wurde zum Benefiz des Herrn Koller die komische Oper: „Die lustigen Weiber von Windsor" gegeben. Das Haus war gefüllt, namentlich im Parquet und ersten Range; aber die Aufführung verdiente auch die Theilnahme des Publikums. Der Text ist nach dem bekannten Lustspiele Shakespeare's von Mosenthal gedichtet, die liebliche Musik dazu ist von O. Nicolai komponirt, die besten Kräfte haben mithin zusammengewirkt, um dem Publikum einen schönen Genuß zu gewähren. Die Aufführung war brav, alle Mitglieder der Bühne beeiferten sich an ihrem Theile zum Gelingen des Werkes beizutragen. Von einzelnen Leistungen heben wir die Arie der Anna Reich, Fräulein Koudelka, im 2. Akte und den Nadel-Tanz der Geschwister Kohlenberg im letzten Akte hervor, letzterer war höchst graziös und dem Zwecke entsprechend. Die Garderobe der Anna Reich hätten wir wohl etwas geschmackvoller gewünscht, unsere Sängerinnen assenl uns in diesem Punkte öfter etwas zu wünschen übrig.

Vermischtes.

— (Transporthindernisse für die Bochumer Riesenglocke.) Aus Paris wird unterm 22. d. mitgetheilt: In der preußischen Abtheilung der Ausstellung herrscht Besorgniß über das Schicksal eines höchst werthvollen Ausstellungs-Gegenstandes. Die kolossale Bochumer Gußstahlglocke, 10 Fuß breit und hoch, 30,000 Pfd. schwer, ist nämlich wegen ihres ungebührlichen polizeiwidrigen Umfanges unterwegs arretirt worden, weil die Fahrbahnen der Tunnels den Transport nicht gestatteten. Wie wir eben vernehmen, hat indessen die rheinische Eisenbahn sich veranlaßt gesehen, den Waggon mit der Glocke durch eine besondere Lokomotive und unter besonderen Vorsichtsmaßregeln der französischen Nordbahn zuzuführen, da beide Bahnen die Uebernahme des Transports zugesichert hatten. Die Glocke sollte ursprünglich noch größer im Durchmesser gegossen werden, mußte sich indessen der zulässigen Maximalgröße, die eisenbahnpolizeilich statthaft war, akkommodiren.

— Der „Great Eastern" ging nach mehrfacher Verzögerung am 26. d. von Liverpool nach New-York ab. Es würde im vorliegenden Falle nicht richtig sein, wenn man sagen wollte, das gewaltige Schiff sei glücklich ausgelaufen, indem bei dem Aufwinden der Anker noch ein beklagenswerthes Unglück sich ereignete; 12 von der Mannschaft reihten sich um die Gangspille und begannen langsam das ungeheure Gewicht (9 Tonnen) aufzuwinden, als plötzlich eine der Speichen brach und die Männer, unfähig, dem plötzlichen Ruck, den die gewaltige Wucht des fallenden Ankers verursachte, zu widerstehen, nach allen Richtungen umhergeschleudert wurden und die mit großer Kraft herumfahrenden Zapfen zwei Menschen tödteten und fünf andere mehr oder weniger schwer verletzten. Der Kapitain Sir James Anderson wäre auch beinahe ebenfalls ein Opfer des Unfalles geworden, kam indessen mit einigen leichten Beschädigungen durch die umherfliegenden Splitter noch ziemlich glücklich davon.

— Amerikanische Blätter machen die boshafte Bemerkung, daß, wenn der Kongreß den neuen Tarif annehme, das Leben theuer, der Tod aber desto billiger würde! Auf fast alle Artikel sei der Eingangszoll erfolgt, nur nicht auf Arsenik und Hanf.

Neueste Nachrichten.

Wien, 29. März. Der italienische Minister Graf Cibrario ist in einer besonderen Mission hier eingetroffen.

Paris, 29. März, Abends. Das „Avenir national" meldet aus dem Haag vom gestrigen Tage, daß die Abtretung Luxemburgs an Frankreich ein fait accompli sei. Eine Depesche aus Paris habe den König benachrichtigt, daß der betreffende Vertrag abgeschlossen sei. Der König habe die Abtretung alsbald der preußischen Regierung notifizirt. — Einer Mittheilung der „France" zufolge hätte der Prinz von Oranien die telegraphische Benachrichtigung, daß zur Eröffnung der Ausstellung keine Feierlichkeit stattfinden werde, zu spät erhalten und sei in Paris eingetroffen. — Das „Mémorial diplom." dementirt die Nachricht von der Sendung Frossard's nach Luxemburg und von der Existenz einer österreichisch-preußischen Allianz.

Konstantinopel, 29. März. Es wird versichert, daß die Seitens Frankreichs, Rußlands und Oesterreichs projektirte Uebergabe einer förmlichen Kollektivnote, welche der Pforte die Abtretung Kandiens empfiehlt, nicht aufgegeben sei, weil England den Beitritt zu derselben verweigert habe, sondern weil zwischen Frankreich und Rußland in dieser Angelegenheit Differenzen entstanden seien. Frankreich habe nämlich für den Fall, daß die Pforte Kandien abtrete, eine gemeinsame Garantie für sämmtliche unmittelbare Territorien der Pforte verlangt; an der Weigerung Rußlands, diese Garantie zu leisten, sei das Projekt einer gemeinsamen Kollektiv-Note gescheitert. — Omer Pascha übernimmt den Oberbefehl im Epirus und in Albanien; das Hauptquartier desselben wird in Prevesa sein, wohin das türkische Geschwader zehn neue Bataillone überführen wird.

Viehmärkte.

Stargard, 30. März. Der gestrige Viehmarkt war wieder stark mit Pferden und Rindvieh betrieben. Bei Mittelpreisen war der Handel mit Pferden recht lebhaft, während für Rindvieh sich bei den zahlreich anwesenden Käufern wenig Kauflust zeigte, woran wohl meist den hohen Preisen, an welchen Verkäufer noch bis Mittag festhielten, die Schuld beizumessen war. — Ein merkwürdiges Pferd, tartarischer Rac, welches von einem Besitzer in Freienwalde zum Verkauf gestellt war, befand sich auf dem Markte. Dasselbe hatte auf dem ganzen Körper krauses, wolliges Haar, ähnliches wie ein Pudel. Es sollte 11 Jahr alt sein und 40 Rthl. gelten.

Börsen-Berichte.

Stettin, 30. März. Witterung: regnigt. Temperatur + 9° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen anfangs matt, schließt höher, loco pr. 85pfd. gelber 82 bis 86 Rthl. bez., feiner 87 Rthl. bez., geringer 72—81 Rthl. bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr 83¾, 84¼ Rthl. bez. u. Br., 84 Gd., Mai-Juni 83½, ¾ Rthl. bez. u. Gd., Juni-Juli 83¾, 84¼ Rthl. bez. u. Gd., Juli-August 83¼ Rthl. bez., Septbr-Oktober 79 Rthl. bez., Br. u. Gd.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 53—55 Rthl. bez., Frühjahr 53¾, 54 Rthl. bez. u. Br., Mai-Juni 54 Rthl. bez., Juni-Juli 54½, ¼ Rthl. bez. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 51½ Rthl. Br., 51 Gd.

Gerste schwer verkäuflich, loco pr. 70pfd. nach Qual. 45—46 Rthl. bez. 1 schlesische Ladung loco 46 Rthl. bez.

Rüböl stille, loco 11 Rthl. Br., April-Mai 10⅚ Rthl. Br., 10¾ Gd., September-Oktober 11 5/12 Rthl. bez., 11½ Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 16⅚ Rthl. bez., März 16⅚ Rthl. bez., Frühjahr 16⅚ Rthl. Gd., Mai-Juni 17 Rthl. Br., 16 11/12 bez., Juni-Juli 17¼ Br.

Landmarkt.

Weizen 80—87 Rthl., Roggen 54—58 Rthl., Gerste 44—48 Rthl., Erbsen 54—58 Rthl. per 25 Schffl., Hafer 28—30 Rthl. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rthl., Heu pr. Ctr. 15 Sgr. bis 1 Rthl.

Der Frühjahrstermin für die Getreide- und Spirituslieferungen beginnt am Montag den 1. April und endet am 13. Mai c.

Berlin, 30. März, 2 Uhr 45 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 83¾ bez. Staats-Anleihe 4½ % 100 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 140 bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 94¼ bez. Oesterr. National-Anleihe 54¾ bez. Pomm. Pfandbriefe 89 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 189½ Br. Wien 2 Mt. 78¼ bez. London 3 Mt. 6. 23⅜ bez. Paris 2 Mt. 80 11/12 bez. Hamburg 2 Mt. 151 bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 78½ bez. Russ. Prämien-Anleihe 91½ bez. Russ. Banknoten 81⅛ bez. Amerikaner 6% 78½ bez.

Roggen März 57⅛, 56⅝ bez., Frühjahr 56⅛, 56 bez., Mai-Juni 55¾, ⅞ bez. Rüböl loco 11 bez., März 11 1/12 bez., 11 Gd., April-Mai 11, 11 1/24 bez., September-Oktober 11⅓ bez. Spiritus loco 17⅜ bez., März-April 17⅛, ¼ bez., April-Mai 17⅛, ¼ bez., Mai-Juni 17⅜, 7/24 bez.

Hamburg, 29. März. Getreidemarkt. Weizen loco flau, auf Termine lustlos. Pr. März 5400 Pfd. netto 152 Bankothaler Br., 151 Gd., pr. Frühjahr 144 Br. u. Gd. Roggen loco stille. Pr. März 5000 Pfd. Brutto 94 Br., 92 Gd., pr. Frühjahr 91 Br., 90 Gd. Hafer flau. Oel besser, loco 24⅝, pr. Mai 24⅝, pr. Oktober 25⅝. Spiritus höher 24½ gefordert. Kaffee und Zink geschäftslos. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 29. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen 2½ Fl. höher, lebhafter. Rüböl pr. Mai 36⅞, pr. Oktober-Dezbr. 38½.

London, 29. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Markt schwach besucht und geschäftslos. Weizen und Hafer williger, schwer verkäuflich. Von englischem Weizen geringe, von fremdem reichliche Zufuhren, beide 1 Sch. billiger. — Schönes Wetter.